



Motion

Mobility Pricing schafft Fairness in der Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur

Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament eine Vorlage zu einem Mobility Pricing für alle Verkehrsträger, welche keine Mineralölsteuer oder andere Abgaben entrichten (Elektrofahrzeuge, Wasserstoff, LNG, etc.), vorzulegen. Damit werden gleichzeitig mehrere Ziele erreicht: Sicherung der Strassenverkehrsfinanzierung, das Erreichen der Emissionsreduktion und faire Kostenbeteiligung.

Begründung

Alternativ Antriebe leisten einen wichtigen Beitrag zur Erreichung der Umwelt- und Klimaziele. Das ist notwendig, weil der Verkehr mit ca. 32% ist der Hauptverursacher der Schweizer CO₂-Emissionen ist. Hinzu kommen externe Kosten, die durch Lärm, Schadstoffe und Landverbrauch verursacht werden. Und die Verkehrsprognosen, die bis 2030 je nach Verkehrsträger ein Wachstum von 20 bis 50% voraussagen, zeigen auf, dass die Mobilität in Zukunft einen noch grösseren Stellenwert bekommt.

Ein verursachergerechter Ansatz würde die Finanzierung des Strassenverkehrs unabhängig vom Treibstoffverbrauch ermöglichen und die Finanzierung zukunftstauglich machen. Namentlich dem Effekt, dass die zunehmende Abkehr von fossilen Fahrzeugen zu Ausfällen bei der Mineralölsteuer führen, kann das System des Mobility Pricings für alternative Antriebe wirksam entgegensteuern. Grundsätzlich trägt ein Mobility Pricing dazu bei, Finanzierungssysteme transparenter und fairer zu gestalten, weil Verkehrsteilnehmer dann ausschliesslich zahlen, was sie nutzen. Der Fokus auf die alternativen Antriebe sorgt übergeordnet für mehr Fairness im System, da sie heute von Steuern und Abgaben weitgehend befreit sind.